

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 70 Pfg., durch die
Post vierteljährlich 2.10 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Delfenheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hefloch, Kloppeheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinste altige
Petitzelle oder deren Raum 20 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen
in der Postzeitungsliste unter 1110 a.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Köderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 11.

Samstag den 25. Januar 1919.

19. Jahrgang.

Wohn- und Siedlungspläne.

An Stelle des Freiherrn von Coels ist der Geheimen Regierungsrat Scheidt zum Staats- und Reichskommissar für das Wohnungswesen berufen worden. Seine Pläne für das neue Amt gehen weit über den Rahmen dessen hinaus, was von einem Mann üblicher Laufbahn zu erwarten ist. Geh. Rat Scheidt hat sich seinen Lebensunterhalt zuerst mit Zeitungsausgaben, dann mit Stundengeben erworben. Der Öffentlichkeit und dem Reichsamt des Innern wurde er als mittlerer Beamter der Landesversicherungsanstalt zu Hannover bekannt. Er kam dann vor etwa acht Jahren zu dieser Behörde, legte rasch zum Regierungsrat, 1908 zum Geheimen Regierungsrat auf und hat nun eine Stellung, die zwischen dem Unterstaatssekretär und Minister steht.

Einem solchen Mann steht es an, seinen Arbeitsplan 14 Tage nach Übernahme seines Amtes einer Gesellschaft von ungefähr 100 Siedlungs- und Wohnungsfachleuten, Architekten, Bodeninteressenten, Sozialpolitikern und Volkswirten vorzutragen. Das geschah am 15. Januar und brachte lebhafteste Kundgebungen des Beifalles. Die in der allgemeinen Lage liegenden Schwierigkeiten, sowie die unzureichenden Mittel dagegen, auch die Schwierigkeit aus dem Aufbau der Behörden, der letzten Endes alles vom Finanzminister abhängig macht, der das Arbeitsgebiet aber auch an mehrere andere Ministerien, besonders das der Landwirtschaft verzerzt, wurden von Geh. Rat Scheidt in seiner Ansprache hervorgehoben. Dann gab er Kunde von drei neuen Gesetzen, einem über die durchaus notwendige Befriedung des flachen Landes, das die Menschen ebenso nötig braucht, wie die Großstadt unter heutigen Umständen unserer Industrie die Entlastung braucht. Ein zweites Gesetzentwurf stellt die Regierungspräsidenten zu Bezirkswohnungskommissaren. Als solcher sollen sie Vollmacht haben, zur Siedlung nötiges Land auf einfache Weise zu enteignen, zwangsweise zu pachten, Anliegendengenehmigungen rasch und formlos zu erteilen, die baupolizeiliche Genehmigung auszusprechen und ungefähr alles aus dem Wege zu räumen, was der Befriedung entgegensteht. So soll der Bezirkswohnungskommissar u. a. auch Baumaterialien (Holz, Lehm, Sand, Lehm, Z. B. keine Ziegel) zu enteignen und den Bauherren zu überweisen berechtigt sein. Ein drittes Gesetz erweitert das Erbbaurecht.

Der Staatswohnungskommissar will die Techniker weitest für die Mitarbeit heranziehen als es bisher üblich war. Auch die künstlerische Gestaltung des Wohnungsbau hält er nicht nur für möglich, sondern für unbedingt erforderlich. Für Kleinwohnungsbauten sollen die besten Architekten gerade gut genug. Sparen am Architektenhonorar sei kurzfristig.

In einer Zusammenfassung seiner Pläne warnte Geh. Rat Scheidt vor einer Ueberspannung der Erwartungen. Die Verhältnisse seien die denkbar schwierigsten, aber es müsse an dieser für unser Volk bestehende dringliche Aufgabe gearbeitet werden.

In der sehr anregenden Aussprache kam eine Anzahl unserer bekanntesten Wohnungsfachleute aus verschiedenen Lagern zu Worte. Von allen Seiten wurde den Absichten des neuen Mannes lebhaft zugestimmt. In den Gesetzesvorschlägen sah man allgemein die Grundzüge einer praktischen Wohnungsreform eingebaut auf der Befriedung des flachen Landes, während der weitere Ausbau der Großstadt im allgemeinen gänzlich zurücktrat.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Nach amtlicher Mitteilung wird der Person- und Schnellzugverkehr im Reich noch weiter eingeschränkt, werden in Folge der Abgabe der Lokomotiven an den Verband. Die Einschränkungen treten sofort in Kraft. Von jetzt an werden im ganzen Reich nur noch etwa 12 Schnellzüge verkehren. Täglich nimmt die Zahl der betriebsfähigen Lokomotiven erheblich ab.

Die zuverlässig verlautet, wird der Antrag der Reichsregierung an die Nationalversammlung hinsichtlich der Ausbildung eines Reichsheeres die Unterstellung der deutschen Armee unter eine einheitliche Kommando- und Verwaltungsvorsehung. Die bisherigen bayerischen, sächsischen und württembergischen Sonderbestimmungen würden damit fortfallen.

Das bayerische Ministerium für militärische Angelegenheiten hat gegen den Entwurf der neuen Reichsverfassung Protest erhoben; derselbe sei sehr das Bestreben nach starker Zentralisation, insbesondere auf dem Gebiete des Verkehrs, der Post und auf dem Gebiete des Militärwesens. Damit würden alle Sonderverträge Bayerns, die gegenüber der bisherigen Reichsverfassung durch die Verfassung der Reichsverfassung waren, beseitigt werden. Eine derartige Zentralisation innerhalb des Reiches sei für

Bayern unannehmbar. Sachkundige Persönlichkeiten würden die Verhältnisse Bayerns auf dem Gebiete des Militärwesens nachdrücklich zu vertreten haben.

Die Niederlage, die die Unabhängigen bei den Wahlen zur Nationalversammlung erlitten haben, hat in ihnen den Wunsch nach Vereinigung mit den Mehrheitsparteiern entstehen lassen, die sie eben noch mit den schärfsten Mitteln bekämpft haben. Der außerordentliche Parteitag der Unabhängigen, der am 2. Februar in Berlin zusammentreten soll, wird voraussichtlich in dieser Frage entscheiden. Auch die Leipziger Volkszeitung tritt jetzt für Wiedervereinigung ein.

Die „Freiheit“, das Organ der Unabhängigen, protestiert gegen den Beschluß der Volksbeauftragten, die Nationalversammlung nach Weimar einzuberufen. Dadurch würde Berlin diskreditiert, und man berückichtige nur die Wünsche der Süddeutschen.

Aus Portugal.

Nach einer Habas-Nachricht aus Oporto ist dort am Montag in Gegenwart der vor dem Ratshaus versammelten Truppen die Monarchie mit König Manuel ausgerufen worden. Nach Verlesung der Monarchie besetzten die Truppen unter dem Jubel der Volksmenge. Der König und die neue Regierung haben die Regierungspaläste bezogen. Die telegraphischen Verbindungen zwischen Lissabon und Oporto sind unterbrochen.

Nach einer Reitermeldung sind vier Kriegsschiffe nach Oporto abgegangen, dessen Kreuzer Blockade angeordnet wurde. Die Reserven der ersten und vierten Division wurden zur Dienstleistung einberufen. Die Truppen der Garnison Lissabon, die Marine und die republikanische Garde erklärten sich für die Regierung.

Die Nationalversammlung.

Die Zusammensetzung.

Die jetzt aus allen 37 Wahlkreisen vorliegenden Ergebnisse lassen einen Ueberblick über die Zusammensetzung der Nationalversammlung zu. Es werden dieser neben vielen Persönlichkeiten, die bisher im politischen Leben weniger hervorgetreten sind, eine große Anzahl ehemaliger Abgeordneter angehören. Nach einer Zusammenstellung wurden von ehemaligen Mitgliedern des Reichstages bzw. des preussischen Landtages oder Herrenhauses gewählt:

als Kandidaten der Deutschen Demokratischen Partei: Dr. Ablass, Bartsch, Dr. Wand, Dr. Böhm, Bruchhoff, Dr. Bernburg, Dietrich, Dr. Fischel, Gothein, Dr. Haas, Conrad Haubmann, Koch, Kiesling, Lippmann, Dr. Raumann, Dr. Reumann, Dr. Söser, Dr. Bachme, Payer, Dr. v. Nächst, Dr. v. Nächst, Staatssekretär Schiffer, Wachholtz de Wente, Dr. Waldstein, Weinhausen, Dr. Wendt, Dr. Totz;

von der Reichssozialdemokratie: a. a. Ulrich, Dr. David, Hasenpohl, Fischer, Ebert, Scheibemann, Winnig, Bauer, Davidsohn, Landsberg, Wolfgang, Heine, Legten, Hue, Dr. Ward, Hoch, Simon, Dr. Stadnauer;

von den Unabhängigen u. a.: Haase, Burch, Geher, Köhn, Hente;

von Zentrum u. a.: Meißner, Strauß, Schiffer, (Klein), Gerold, Trimbom, Dr. Spahn, Eckerwald, Köhmann, Altor, Decker, Gröber, Erzberger, Holz, Rehrenbach;

von der Deutschen Nationalen Volkspartei u. a.: Schulz (Bromberg), Traub, Graf, Labowsky, v. Campé, v. Gräfe, Bruns, Behrens;

von der Deutschen Volkspartei (Natl.) u. a.: Stressemann, Richter, Dr. Decker.

Nach den vorliegenden Wahlergebnissen, die allerdings noch nicht als endgültig zu betrachten sind, werden 26 Frauen ihren Einzug in die Nationalversammlung halten.

Unerquickliche Wirtschaftslage.

Regierungs-Beratungen.

Im Beisein sämtlicher Staatssekretäre hielt am Dienstag der Rat der Volksbeauftragten eine Sitzung ab, an der auch General Gröner als Vertreter der Obersten Heeresleitung, ein Vertreter der Reichsbank und verschiedene Herren vom Reichspostamt teilnahmen. Die Besprechung galt der gesamten politischen und wirtschaftlichen Lage. Sie mußte wegen Lichtmangels abgebrochen werden und wurde Mittwoch morgen wieder aufgenommen. Zunächst wurden hauptsächlich die Fragen behandelt, die zum Ressort des Mobilisationsamtes gehören und die die Arbeitslosigkeit, die Kohlenversorgung und den Verkehr, sowie die Finanzwirtschaft betreffen. Uebereinstimmend wurden die gegen-

wärtigen Verhältnisse auf wirtschaftlichem Gebiete als unumgänglich bezeichnet und eine radikale Änderung der Vorbedingungen des wirtschaftlichen Ausbaues gewünscht. In den Städten häufen sich die Arbeitslosen, während auf dem Lande und in den Bergwerken die Arbeitskräfte fehlen und die Produktion durch Mangel an Arbeitskräften immer weiter zurückgeht. Es sind deshalb Maßnahmen erwogen worden, um wenigstens einen Teil der Arbeitslosen in den Großstädten in das Industriegebiet und namentlich in die Kohlenreviere und Landwirtschaft zu überführen. Die Arbeitsvermittlung, die bis jetzt vom Demobilisationsamt betrieben worden ist, wurde als völlig unzureichend bezeichnet. Auch die Frage eines besseren Grenzschutzes wurde erörtert und unbedingt notwendige Maßnahmen gegen ein weiteres Vordringen der Polen auf deutsches Gebiet wurden beschlossen und entsprechende Maßnahmen in Aussicht genommen.

Zur Friedenskonferenz.

Östeuropa.

Die Pariser Konferenz hat in bezug auf die Politik der Entente im Osten die Vorschläge Wilsons angenommen. Nach Polen sendet die Entente nunmehr zunächst nur eine Kommission, in der die fünf Großmächte durch je einen politischen und einen militärischen Abgeordneten vertreten sind. Diese Kommission wird sich an Ort und Stelle informieren und Bericht erstatten. In bezug auf Rußland hat die Konferenz den bereits gemeldeten Wilsonschen Vorschlag angenommen, wonach die russischen Regierungen einschließlich der Sowjet-Regierung eingeladen werden, je drei Vertreter nach der Prinsenzinsel im Marmarameer zu entsenden, wo die Vertreter der Entente am 15. Februar zu einer unbedingten freien und verbindlichen Aussprache erwartet. Unbedingte Reisefreiheit ist ihnen auch für die Rückkehr zugesichert.

Die Entwidlung in der Türkei.

(W.) Ein Leitartikel des „Temps“, der die Lage in der Türkei behandelt, besagt, daß das Komitee für Einheit und Fortschritt durchaus noch nicht niedergeschlagen sei, obwohl die neue türkische Regierung von England unterstützt würde. Das Parlament sei zwar aufgelöst, aber die Neuwahlen seien verschoben, weil nach einer offiziellen Erklärung bei dem jetzigen Stand der Dinge das Wahlergebnis kaum befriedigend ausfallen würde. Der „Temps“ schreibt, Enver Pascha und Talaat Pascha hielten sich immer noch in Konstantinopel auf und betrieben eine ausgedehnte geheime Propaganda, die das Land in derartige Unruhe versetze, daß Maßnahmen ergriffen werden müßten, um im Notfall die neuen diplomatischen Erklärungen sicher zu können. Es sei bereits die Organisation einer internationalen Polizei für Konstantinopel und die Entsendung französischer Infanterie für die Gendarmerie geplant. Der englische Gouverneur habe bereits auf Anordnung seiner Regierung die Kontrolle über die Polizei und den Nachrichtendienst übernommen. Der „Temps“ erkläre hierin die ersten Anzeichen für die Wiederkehr der Ordnung in Konstantinopel, die zur Wiederaufnahme des Wirtschaftslebens notwendig sei und zur Festigung des neuen Systems beitragen würde, das allen Nationen die gleichen Rechte sichern solle.

Der Völkerbund.

(W.) Trotzdem das russische Problem zur Zeit die Aufmerksamkeit der Friedenskonferenz in Anspruch nimmt, tritt die Frage der Organisation des Völkerbundes in ihrer ganzen Größe aus dem Hintergrund aus. Man ist sich vollständig klar darüber, daß keineswegs der unwichtigste Zweig des Völkerbundes der Teil ist, der das Arbeiterproblem behandelt. Auf britischer Seite ist Barnes sehr eifrig mit dieser Frage beschäftigt. Die Vorschläge von Barnes werden, nachdem sie durch die britische Delegation behandelt worden sind, dem Sekretariat der Konferenz übergeben werden, um vorgelegt zu werden, wenn die Arbeiterprobleme auf der Konferenz zur Verhandlung stehen. Dieser ist nicht bekannt, welchen Wert die internationale Arbeiterkonferenz in der Schweiz bezüglich haben wird. Wie verlautet, hatte die britische Regierung nichts gegen diese Zusammenkunft, die eine nützliche beratende Eigenschaft haben könnte, einzuwenden.

Die Heberfessel.

(W.) Der „Matin“ teilt mit, daß das Heberfessel-Embden-Merita, das bei Kriegsbeginn von den Engländern abgekauft wurde, von England jetzt übernommen worden sei, und verlangt, daß dementsprechend das zweite deutsche Raubschiff im Friedensvertrag Frankreich zugesprochen werde.

Schiffraum.
n fordert der Unterstaats-
a, Bouisson, für Frank-
u den Schiff-
ur die im Kriege verlorene Ton-
nisse die ihm zugehenden Schiffe aus-

Kein Vorfriede?

Die „Morning Post“ meldet aus Paris: Der Antrag auf Abschluß eines schnellen Präliminar-
ens ist von den Alliierten bemeint worden:
r Frieden mit Deutschland könne nur im Wege eines
ordenlichen Friedensvertrages zustande kommen

Merke! Nachrichten.

von Capelle.

(h.) Der wirtschaftliche Admiralitätsrat von Ca-
pelle, bisher Vortragender Rat beim Reichsmarineamt,
hat an Stelle des in den Ruhestand getretenen Konter-
admirals A. D. Behm die Geschäfte des Direc-
tors der deutschen Seewarte in Ham-
burg übernommen.

Die Lage in Hamburg.

Dienstagabend wurde der verschärfte Be-
lagerungsstand über Hamburg verhängt. Ein
strenger Befehl des Soldatenrats ordnet an, daß alle
Schußwaffen innerhalb 48 Stunden. Wer folgt zu-
mehrd, hat strenge Strafe zu gewärtigen.

Spartakus.

(h.) Die Bevölkerung der Nordsee-Inseln ist
durch heranziehende Spartakusbanden ernstlich
gefährdet, die Dörfer überfallen und plündern. Wie
die spätere Meldung besagt, wurde die Spartakusbande
von der Inselbesatzung übermannt und gefangen
kommen.

Der Ex-Kaiser vor Gericht?

Die „Daily Mail“ schreibt, die nan-
tliche Regierung habe schon die ersten Schritte unternom-
men, um die das Gerichtsverfahren gegen den früheren
Kaiser und seine persönliche Bestrafung betreffenden
Fragen von der Theorie in die Wirklichkeit zu versetzen
und zu einem sofortigen praktischen Ergebnis zu bring-
en. Man habe jetzt allen Grund zu der Hoffnung, daß
innerhalb der nächsten Wochen der frühere Kaiser aus-
geliefert, nach Paris in Gewahr-
sam gebracht und vor Gericht gestellt werde. Die Pri-
vatsache sei durchaus berechtigt, einen internationalen
Gesetzesbruch zu erkennen, der die Auslieferung des
Kaisers durch Holland fordere, nicht auf Grund
einer Eigenschaft als deutscher General oder Urheber
des Krieges, sondern weil er die Kriegsgesetze verletzt
und Verbrechen begangen habe. Daher müsse er vor
dem Gericht stehen.

Die Lebensmittelversorgung.

Der „Gerald“ meldet aus Buenos-Aires: Die argen-
tinische Regierung hat die Ausfuhr von sieben Zehn-
teln des Getreideexportes an Lebensmittel für die
Alliierten genehmigt.

Berichtszeitung.

(h.) Das Drama eines Rechtsanwalts. Einer der
interessantesten Kriminalfälle der letzten Jahrzehnte, die
Mordgeschichte der Witwe des Geh. Medizinal-
rats Dr. Molitor in Baden-Baden durch den Rechtsan-
walt Dr. Karl Hau, beschäftigt jetzt noch einmal die Ge-
meinde in Baden, da der zunächst zum Tode, später zu
Lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte Dr. Karl Hau
jetzt im Wege der Begnadigung oder einer Wiederauf-
nahme des Verfahrens aus dem badischen Zuchthaus
entlassen werden soll. Der Fall hat seinerzeit nicht
nur in Deutschland, sondern vor allem auch in Amerika
unbegrenztes Aufsehen erregt, da der als Sohn eines
Mordbrandstifters in ein Verurteiltes geborene Unge-

flügte zuletzt außerordentlicher Professor des Rechts
an der George Washington-Universität war. Hau hatte
als 19-jähriger junger Mensch in Zürich die geistvolle
und hübsche, aber etwas eigentümliche Studentin Olga
Molitor, die älteste Tochter des Geh. Medizinalrats Dr.
Molitor in Baden-Baden kennen gelernt, die er trotz
des Altersunterschiedes von sechs Jahren dennoch zu
heiraten beschloß. Da ihre Eltern die Verbindung zu-
nächst nicht gestatteten, machte Olga Molitor einen
Selbstmordversuch, worauf die eheliche Verbindung zu-
standekam. Dr. Hau siedelte hierauf nach der neuen
Welt über. Er angliederte dort seinen Namen nach be-
rühmten Namen in „Mister Hau“ und erschwerte da-
durch zunächst ungemein die Ermittlungen in der in-
teressanten Mordgeschichte, in die er im November 1906 ver-
wickelt wurde. Am Abend des 7. November jenes Jah-
res war seine Schwiegermutter telephonisch auf das
Postamt in Baden-Baden besetzt und auf dem Wege
dorthin, den sie in Gesellschaft ihrer zweiten Tochter
Olga zurücklegte, an einer abgelegenen Stelle niederge-
stossen worden. Als Täter kam nur ein Mann in
Frage, der das Telefongespräch mit englischer Klang-
färbung geführt hatte und mit falschem Bart und Per-
ücke schon vorher in Frankfurt, Karlsruhe und Baden-
Baden beobachtet worden war. Zwei Tage später wurde
im eleganten Cecil-Hotel in London der dort mit seiner
Frau und seinem kleinen Mädchen kurz vorher eingetrof-
fene Dr. Karl Hau durch zwei Detektiven im Stad-
unauffällig verhaftet und nach Karlsruhe überführt, wo
nach achtmonatiger Voruntersuchung der bekannte Sen-
sationsprozeß gegen ihn einsetzte. Wenige Wochen vor-
her erkrankte sich seine Frau mit ihrem Kinde im Pfäl-
zischer See in der Schweiz, während seinem älteren
Vater der Schlag rührte. Die damaligen Verhand-
lungen ergaben, daß Hau nicht dauernd in Amerika ge-
blieben war, sondern sich auch längere Zeit in London,
Wien und Konstantinopel aufgehalten hatte. Für seine
Tätigkeit in türkischen Diensten war ihm sogar der
Medjidie-Orden 2. Klasse mit Brillanten verliehen wor-
den. Auf einer dieser Reisen hatte er auch Baden-Ba-
den berührt und sich längere Zeit bei den Molitors
aufgehalten, wobei er sich in seine Schwägerin Olga
Molitor verliebt haben soll. Er unternahm auch mit
ihr und seiner Frau eine Vergnügungsreise nach Paris
und soll schon damals die Absicht gehabt haben, seine
Schwiegermutter aus dem Wege zu räumen, denn sie
wurde durch ein Telegramm nach dort gerufen, konnte
aber zufällig nicht reisen. In der Verhandlung gab Hau
hierzu an, das Telegramm abgefaßt zu haben, um seine
Schwägerin Olga der Eifersucht seiner Frau wegen
durch ihre Mutter aus Paris zu entfernen. Er mußte
schließlich auch seine Anwesenheit am Mordtage in Ba-
den-Baden zugeben, erklärte diese jedoch damit, daß er
nur Olga Molitor habe sprechen wollen, die ihrerseits
als Jungfrau mit Entrüstung alle Beziehungen zu dem
Angeklagten in Abrede stellte, der sich nicht schonte, sie
durch seine phantastischen Erzählungen zumindest in den
Verdacht der Mittäterschaft zu bringen. Durch diese
und andere Zwischenfälle, vor allem aber durch die
überaus ungünstige Vertretung der Anklage in dem
aufsehenerregenden Prozeß kam es in den letzten Ver-
handlungstagen zu einem förmlichen Aufruhr der Be-
hörden, Karlsruhe, von der ein großer Teil gegen das
Schwurgerichtsgebäude anrückte, um den nach sei-
ner Meinung unzulässigen Hau zu befreien und die
Verhaftung Olga Molitors zu erzwingen. Es mußte
Militär aufgeboten werden, um eine ruhige Urteils-
fällung zu ermöglichen. In der Annahme, daß Hau, der
Täter war und zu der Tat durch Geldschwierigkeiten
veranlaßt wurde, erging damals das Todesurteil und
erst nach langen Verhandlungen erfolgte seine Begna-
digung zu lebenslänglichem Zuchthaus. Der damalige
Verteidiger des Angeklagten hat angeklagt, der allge-
meinen Mängel und unter Hinweis auf verschiedene
neue Tatsachen die Wiederaufnahme des Verfahrens ge-
gen Hau beantragt und das badische Staatsministerium
erlaubt, in die vorläufige Entlassung Hau einzurücken.

Locales und Provinzielles.

• Pakete aus dem unbefestigten Gebiet nach hier sind
zulässig, wenn diese nur Lebensmittel enthalten. Jedoch
dürfen keinerlei Schriftstücke oder Zeitungsin darin enthal-
ten sein.

• Wähler und Wählerinnen. Morgen gilt es
noch einmal an die Wahlurne zu treten. Es geht um die
Landtagswahl, die, wie wohl allseits bekannt, auch für
die späteren Wahlen zu den Gemeindeförperschaften ent-
scheidend ist. Darum säume keiner sondern übe seine
Pflicht. Die Programme der einzelnen Parteien sind zur
Genüge bekanntgegeben. Jeder wähle nach seiner Ueber-
zeugung. Namentlich die Gewerbetreibenden und Hand-
werker seien besonders darauf aufmerksam gemacht nicht ge-
wissen Einflüssen zu unterliegen, die sich bei den späteren
Gemeindeförperschaften bitter rächen würden. Lasse sich keiner
durch die Zugehörigkeit eines Vereins in seiner Ueberzeu-
gung wankend machen, denn die Reue käme zu spät.

• Betrachtungen. In der Bekanntmachung über die
Brennstoffausgabe in der letzten Nr. dieser Zeitung wurde
wohl allgemein die Angabe des Bezugspreises vermisst,
was zur Orientierung der Berechtigten dringend erwünscht
ist. Die absonderliche Höhe der Preise schreckt ja in heu-
tiger Zeit nicht mehr. So wurde kürzlich Rindfleisch an
die Kranken verausgabt zum Preise von 1,75 Mk. für ein
viertel Pfund. Sachverständige gäben wissen müssen, daß
dies nicht stimmen konnte. Der jetzt für Geringfügige von
den Kranken erhobene Preis von 40 Pfg. für ein halb
Pfund dürfte noch zu hoch sein, jedenfalls steht er weit
über dem festgesetzten Verkaufspreis. In Erbenheim sollen
vorige Woche ein viertel Pfund Butir pro Kopf ausgege-
ben worden sein, hier 40 Gramm. Ueberhaupt sind wir
seit dem stattgehabten Wechsel in der Lebensmittelverteilung
nicht besser gefahren. Zucker ist in Schierstein eingetroffen
und kommt von Montag ab hier zur Anlieferung.

Nachrichtliche Nachrichten, Bierstadt

Evangelischer Gottesdienst.

Sonntag, 26. Januar.

3. E. nach Epiphania.

Morgens 10 Uhr: Sieder Nr. 135 — 52 — 216 —

Text: E. v. Math. 4, 12—17. 23—25.

Morgens 11 Uhr: Kinder Gottesdienst. — Sieder Nr.

3.4 — 29. Ev. Mark. 2, 23—3, 6.

Kath. Kirchengemeinde.

Sonntag, 26. Januar.

8 Uhr hl. Messe.

9½ Uhr Hochamt mit Predigt.

4 Uhr Andacht.

Abends 6½ Uhr hl. Messe.

Bekanntmachungen.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Appell der
demobilisierten Leute in der Gemeinde Bierstadt aufgrund
des Befehls der Stappenkommendantur an jedem Sonntag
auch am kommenden Sonntag wieder abgehalten werden
muß.

Es werden daher sämtliche aus dem Heeresdienst infolge
Demobilisierung Entlassenen aufgefordert am kommenden
Sonntag auf dem Platz vor der alten Schule (Schulstraße)
pünktlich zu erscheinen und die Militärpapiere mitzubringen
und zwar die Leute mit dem Anfangsbuchstaben

A bis M um 10 Uhr und
N bis Z um 11 Uhr vorm.

Wer nicht oder nicht pünktlich erscheint, hat schwere
Bestrafung durch die französische Besatzungsbehörde zu ge-
wärtigen.

Rote Rosen.

Roman von G. Comtes-Mailler.

(Nachdruck verboten.)

Da muß ich dir doch auch gut sein. Und ich tue
es von Herzen, es fällt mir gar nicht schwer.

Er preßte ihre Hand an seine Lippen.

„Ich danke dir, Josta — und ich will mich immer
deines Vertrauens würdig zeigen.“

Sie nickte ihm lächelnd zu.

„Das weiß ich. So — und nun habe ich dir keine
Bilder mehr zu zeigen. Nun wollen wir wieder hin-
über gehen.“

Damit schloß sie den Photographiekasten und
ginge sich zutraulich in seinen Arm. Seite an Seite
gingen sie in den Rahmen der Tür. Rainer blickte
auf und sah sie stehen, die jungen Gesichter noch ein-
mal erregt.

Und er kam sich in diesem Moment so alt vor im
Vergleich zu seinem Bruder, daß ihm ein tiefer Schmerz
durchquante.

Werde ich imstande sein, Josta glücklich zu
machen? Das ist mir wichtiger, als mein eigenes
Glück, denn ich liebe sie. Nicht mit der egoistischen, um
jeden Preis begehrenden Liebe der Jugend, sondern mit
der tiefen, aufopferungsfähigen Innigkeit des gereif-
ten Mannes. Erst will ich an ihr Glück denken, dann
an das meine, dachte er.

Wie hätte er darum gegeben, wenn Josta jetzt in
diesem Moment an seine Seite getreten wäre, als wenn
sie sich ihm zugehörig erklärte. Das sollte ihm eine
Antwort sein auf seine heimliche Frage, ob sie an sei-
ner Seite das Glück finden würde. Er sah sie an mit
einem Blick, in dem sich all sein Hoffen und Wünschen
konzentrierte. Er zog sie sozusagen mit seinem Blick
zu sich heran.

Und da lächelte sie wirklich ihre Hand aus Hen-
nings Arm und schritt schnell auf ihn zu, als könnte
sie nicht anders. Er atmete tief auf, wie nach einer
schweren Anstrengung.

„Wir haben uns drüben lange verplaudert, Hen-
ning und ich“, erzählte Josta. „Alle Bilder hat er

sich von mir angesehen. Und dabei fanden wir auch
eine Amateuraufnahme von dir, weißt du, das Bild-
chen, das Mama von uns aufnahm, als wir von
meinem ersten Ritt heimkamen. Du bist vorzüglich ge-
troffen auf diesem Bildchen — aber doch so winzig
klein. Weißt du, daß ich noch gar kein richtiges
Bild von dir besitze? Du mußt mir eines schenken,
das nicht so klein ist.“

Diese Worte beglückten Graf Rainer sehr. Vor-
über war alles Jagen. Es erschien ihm wie ein Zeichen
des Himmels, daß sie gerade jetzt zu ihm gekommen
war und um sein Bild bat. Er nahm ihre Hand
und sah sie lächelnd an mit seinen warmen, gültigen
Augen.

„Ich will gleich heute Abend oder morgen früh
nachsehen, ob ich noch irgendein wohlgetroffenes Kon-
terfei von mir besitze. Das sollst du sofort erhalten,
meine liebe kleine Josta.“

Seine Stimme klang sehr zärtlich, aber er hielt sich
doch in der Gewalt. Und Josta fand seine Zärtlichkeit
durchaus onkelhaft. Aber sie war froh, daß sie ihm
nun in unerfänglicher Art die Bitte um das Bild
ausgesprochen hatte, die ihr schon lange auf dem Her-
zen brannte.

Gräfin Gerlindes Augen hatten gesunken, als Josta
mit Henning in so vertraulicher Haltung eintrat. Auch
sie hatte gesehen, daß in den beiden jungen Ge-
sichtern noch die Rote der Erregung stand. Aber als
nun Josta neben Rainer stand und dieser so zärtlich zu
ihr war, schloß sie einen Moment lang die Augen,
als wollte sie das nicht sehen.

Aber auch Graf Henning sah mit einem selb-
stamen Gesicht auf das Brautpaar, und in seinem Her-
zen klang es laut und deutlich, was Josta ihm vorhin
gesagt hatte: „Rein — ich liebe ihn nicht“, und: „Wir
bringen einander unbegrenzte Hochachtung und herz-
liche Sympathie entgegen — sonst nichts.“

Diese Worte wollten ihn nicht mehr loslassen. Sie
verfolgten ihn mit einer quälenden Hartnäckigkeit.
Wald darauf brachen die beiden Brüder mit Grä-
fin Gerlinde auf.

„Gute Nacht, meine herzlische Josta“, sagte Graf

Rainer zum Abschied zu seiner Braut und küßte ihr
die Hand.

Josta lächelte auf dieses „herzlische Josta“ mit
klopfendem Herzen.

„Ach, daß ich wirklich seine „herzlische“ Josta sein
könnte, daß ich die andere Frau, die er im Herzen
trägt, verdrängen könnte! Wenn ich nur wüßte, wer sie
ist! Ob Henning etwas von ihr weiß? Und ob er es
mir sagen würde, wenn ich ihn danach fragen würde? Henning
ist mir wie ein lieber Bruder, ich habe so gar
keine Scheu vor ihm, und er ist so offen. Wie
leicht wage ich es später doch einmal, ihn zu fragen
nach der Frau, der seines Bruders Liebe gehört, so
dachte sie.

Graf Henning wußte jedoch so wenig, wie an-
dere Menschen von seines Bruders Herzensroman mit
der ehemaligen Prinzessin Helene. Er wußte nur,
daß Rainer lange Jahre eine unglückliche Neigung
mit sich herumgetragen hatte. Der Name der betref-
fenden Dame war ihm fremd geblieben.

Die beiden Brüder saßen, nachdem sie mit der Grä-
fin Gerlinde ins Palais zurückgekehrt waren, noch
ein Stündchen plaudernd zusammen.

Wenn hätte Henning seinen Bruder gefragt, ob
jene Neigung in ihm erloschen sei, oder ob sie noch
immer in seinem Herzen lebte und schuld daran sei,
daß er Josta nur „unbegrenzte Sympathie und herz-
liche Hochachtung“ entgegenbrachte. Er hätte ihm gern
gesagt, daß Josta doch geschaffen sei, Liebe zu geben
und zu empfangen. Aber er wagte es nicht, dies
Thema zu berühren. Erstens wußte er, daß Rainer
noch stets sofort das Gespräch abgebrochen hatte, und
zweitens traute er sich nicht die nötige Ruhe zu,
darüber zu sprechen. Er hätte dann vielleicht sagen
müssen, daß Josta ihm Einbild gewährt hatte in ihr
Verhältnis zu Rainer, und das wollte er doch nicht
tun.

Wie kann man einer Josta nur mit solch lauen
Gefühlen wie Hochachtung und Sympathie gegenüber-
stehen? Wenn sie mir gehörte, ich

(Fortsetzung folgt.)

Gebeschus- Kalle.

Das wahre Gesicht!

Wer bis jetzt noch nicht weiß, wie die Deutsche Demokratische Partei sich zu der Sozialdemokratie stellt, dem werden Äußerungen der **Frankfurter Zeitung** volle Klarheit geben. Das große führende Blatt der Partei stellt fest, daß die Demokratische Partei berufen sei

mit der Sozialdemokratie

die Regierung zu bilden. Sie sagt ferner wörtlich:

„Hätte sich die Demokratische Partei auf eine allgemeine Listenverbindung eingelassen,

so wäre die Zahl der Mandate jedenfalls erheblich größer, aber der neuen Partei wäre damit auch das Rückgrat gebrochen gewesen.“

Das heißt also: Die Partei über das Vaterland!

Lieber der Sozialdemokratie jeden Hilfsdienst leisten, die zerstörende Arbeit der Revolution weiterführen, als mit dem deutschen Bürgertum zusammen für die Erhaltung nationaler Kraft und Wirtschaft kämpfen.

Vor allem die früheren Anhänger der nationalliberalen Partei, die sich durch die schönen Versprechungen der deutsch-demokratischen Partei täuschen ließen, werden jetzt wissen, was sie zu tun haben.

Darum auf zum Kampf gegen die Sozialdemokratie und alle ihre Helfershelfer. Wählt die Liste der

Deutschen Volkspartei

Gebeschus — Kalle.

Wähler und Wählerinnen!

Das alte preussische **Dreiklassenwahlrecht** nach Bismarcks Ausspruch „das erbärmlichste aller Wahlsysteme“, ist hinweggelegt; zum ersten Male soll eine **preussische Landesvertretung** nach dem **allgemeinen Wahlrecht** gewählt werden, das auf dem **demokratischen Grundsatz**, der **Gleichberechtigung aller Männer und Frauen** beruht, in **gleicher, geheimer und direkter Wahl**!

Preussische Landesversammlung

sollt Ihr nächsten Sonntag, den 26. Januar nach diesem neuen Wahlrecht wählen. **Gewaltige Aufgaben** von nie dagewesener Grösse und Bedeutung stehen ihr bevor; sie **entscheidet über das ganze**

künftige Geschick Preussens

und damit über das **Wohl und Wehe** seiner Staatsbürger. Ob Preussen als **einheitlicher Bundesstaat** erhalten bleiben oder in **mehrere (acht!) Einzelstaaten** zerschlagen werden soll, darüber wird diese Landesversammlung zu entscheiden haben. **Nassauer**, wäre es Euch gleichgültig, ob Ihr etwa **Grosshessen** oder einem **Staat Rheinland-Westfalen** zugeteilt würdet? Wäre es Euch gleichgültig, wenn eine **rücksichtslose Zentrumsmehrheit** Eure seit einem Jahrhundert **beachtete Simultanschule** beseitigt und nicht mehr duldet, dass das **katholische Kind** friedlich neben dem **evangelischen** sitzt? Wäre es Euch gleichgültig, wenn eine ebenso rücksichtslose **sozialistische Mehrheit** jeden Religionsunterricht aus der Schule verbannt? Denn über all diese Fragen des Verhältnisses von **Staat und Kirche, der Volksbildung und der Schule** entscheidet die verfassunggebende preussische Landesversammlung.

Wollt Ihr mitsprechen bei der Gestaltung der **gesamten Steuererhebung**, bei der Neuordnung aller Verhältnisse der **Beamten, Offiziere und Lehrer**, bei der Neubildung der **ganzen Gemeinde- und Kreisverfassung**? Dann wählt am nächsten Sonntag zur preussischen Landesversammlung, denn sie entscheidet über alle diese Fragen!

Wehe uns, wenn eine **sozialistische Mehrheit** mit bewusster Verkennung des gemeinsamen Wohles aller Staatsbürger ihre **einseitige Klassenherrschaft** zur gewaltsamen Lösung dieser Fragen in ihrem Sinne missbraucht! Die **Gefahr einer sozialistischen Mehrheit** ist aber gerade für die **preussische Landesversammlung** **ungeheuer gross**, weit grösser als für die deutsche Nationalversammlung weil die **süddeutschen Staaten** mit ihrer überwiegend bürgerlichen Bevölkerung ausscheiden und dem preussischen Staate anstatt der **früheren Junkerherrschaft** nunmehr eine **sozialistische Klassenherrschaft** droht! Sollen die **Berliner Zustände** in ganz Preussen einreissen? **Nein und abermals nein!**

Dagegen gibt es **nur ein Mittel**: die **Sammlung** aller wahrhaft **freiheitsliebend gesinnten** Staatsbürger und bürgerinnen in **einer einzigen grossen Partei**, und das kann nur die

Deutsche demokratische Partei

sein!

Die Wahl zur deutschen Nationalversammlung am letzten Sonntag, aus der die demokratische Partei mit der **höchsten Stimmenzahl** hervorgegangen ist, hat klar bewiesen, dass nur sie imstande ist, den **Kampf gegen die drohende rote Flut** erfolgreich zu führen. **Nicht** die viel zu weit rechts stehende **Volkspartei**, nicht das nur seine eigenen engherzigen Interessen verfolgende **Zentrum**, sondern **einzig und allein** die **Deutsche demokratische Partei** vermag den **festen Damm** zu bilden, in dessen sicheren Schutz der **Wiederaufbau des preussischen Staates** und die **Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung** sich schnell und dauerhaft vollziehen kann. Darum, deutsche Wähler und Wählerinnen, denn **jeder Nichtpreusse**, der hier wohnt und in der Wählerliste steht, ist auch jetzt **wahlberechtigt!** — kommt wieder zur Wahl wie am vergangenen Sonntag und bringt den **letzten Mann** und die **letzte Frau** mit, denn mehr, als je ist diesmal **Wahlrecht** auch **Wahlpflicht!** Wer sein Recht nicht ausübt, versäumt seine Pflicht. Es geht um alles! Deshalb wählt die



Liste Rade



der

Deutschen demokratischen Partei

der

wahren Staatsbürgerpartei der Zukunft!

Die Geschäftsstelle der Deutschen demokratischen Partei, Wahlverein Wiesbaden, befindet sich Kirchgasse 74, I.

Beilage zu Nr. 11 der Bierstadter Zeitung.

Samstag, den 25. Januar 1919

19. Jahrgang.

— **Schnellschneiderei** —
Wiesbad., Schwalbacher Str. 23
Reparaturen sofort und billig. — Ia Kernleder.

Empfehle mich in *Reparatur*,
Louis Schlüter, Herrensneider
Wiesbaden Bleichstraße 24, 1. r.

Elegant sitzendes Korset

aus ihrem Stoff
3 Handtücher
oder 3 Servietten
oder 1 grosse Schürze
oder 1 kleines Rolleaux
fertigen wir Ihnen auf Wunsch innerhalb 8 Tagen an.
Korsethaus „Robita“ nur Langgasse 25
Wiesbaden.

Arbeitslose!

Die Agitatoren der Deutschen Nationalen und der anderen sogenannten Volksparteien führen in versteckter Weise gegen die Erwerbslosenhilfe, und fette Kurapatrioten und Kriegsschürer begeistern Euch wegen der bescheidenen Unterstützung, die Ihr erhaltet. Sie neiden Euch und sagen, Ihr würdet dadurch unzufrieden zur Arbeit.

Die Sozialdemokratie aber hat die Unterstützung aller, die der Krieg existenzlos gemacht hat, gefordert und durchgeführt, sobald sie die Macht hatte. Der Krieg zerstörte das Wirtschaftsleben bis auf einen geringen Rest. Solange es noch nicht wieder aufgebaut ist, muß der Staat für die Kriegsoffer eintreten. Unterstützung der Erwerbslosen ist jetzt Kriegsausgabe. Wer sie bekämpft, ist das Gegenteil eines Patrioten.

Wer die Erwerbslosen beschimpft und herabwürdigt, handelt ehrlos an den Gliedern des Volkes, denen der Krieg unendlich schlimmeren Schaden gebracht hat als den Besitzenden.

Arbeitslose, merkt euch das bei den Wahlen!
Wählt die Liste Gräf!

Deutsch-Nationale Volkspartei.

Bei den Wahlen zur National-Versammlung haben in Wiesbaden 23 000 Wählerinnen und Wähler ihrer Wahlpflicht nicht genügt.

Die Sozialdemokraten, Demokraten und das Zentrum haben alle ihre Anhänger an die Wahlurne gebracht.

Die säumigen Wählerinnen und Wähler gehören zum großen Teil mit ihren Gesinnungen unserer Partei an.

Für die preussische Landesversammlung ist die Gefahr einer sozialdemokratischen Mehrheit viel größer als für die National-Versammlung.

Wählerinnen und Wähler tut Eure Pflicht!

Wählt am Sonntag die Liste

Ritter, Werner, Geck.

1. Dr. Karl Ritter, Pfarrer-Niederradweg.
2. Schriftsteller Ludwig Werner-Niederradweg und Berlin-Schöneberg.
3. Lokomotivführer Friedrich Geck-Cassel.
4. Direktor Stuhmann-Godesberg.
5. Lehrer Harry Blume-Cassel.
6. Landwirt u. Bürgerme. Friedr. Wilhelm Neu-Selters bei Weilburg.
7. Privatbeamter Julius Schellin-Frankfurt a. M.
8. Studentrat Heinrich Hofmann-Cassel.
9. Frau Dr. phil. Christiane Mewald Marburg a. Lahn.
10. Eisenbahnarbeiter Peter Gerhard-Dillenburg.
11. Buchhändler August Sonnenschein-Marburg a. L.
12. Schmiedemeister Jakob Siehl-Treysa.
13. Dekan Georg Adam Christian-Biedenkopf.
14. Landwirt Wilhelm Claus II. Nabolzhausen, Kr. Hanau.
15. Oberpostschaffner Nikolaus Pfeil-Cassel.
16. Landwirt Adam Lasch-Alsbach (Kreis Wetzlar).
17. Amtsgerichtsrat Johann Karl Hengsberger-Schlüchtern.
18. Fräulein Lehrerin Hilda Georgi-Frankfurt a. M.
19. Landwirt Wilhelm Alwin Böhn-Dauborn (Lahnus).
20. Studentrat Ernst Gerland-Gomburg v. d. Lahn.
21. Oberlehrer Dr. Hans Weber-Marburg a. d. Lahn.
22. Oberrealschuldirektor Dr. Wilhelm Israel-Oberursel (Lahnus).

Prima Rucksäcke

(kein Ersatz)

Schulranzen

in allen Ausführungen
zu billigsten Preisen

Herm. Rump

Wiesbaden,
7 Moritzstraße 7.

Wählt

nächsten Sonntag, den 26. Januar
die

Liste Rade

der Deutschen
demokratischen Partei.

Alle Deutschen, auch diejenigen, welche die preussische
Staatsangehörigkeit nicht besitzen, sind wahlberechtigt.

Erklärung.

Wir Männer und Frauen der Zentrumsparlei weisen mit Entrüstung die gehässigen Beschimpfungen zurück, die der Vorstand des Demokratischen Bürgervereins sich vor 8 Tagen gegen Herrn Pfarrer Wahl und uns alle geleistet hat. Es ist bedauerlich, dass Leute, die Anspruch auf Bildung machen, sich zu solchen persönlichen Ausfällen haben hinreissen lassen. Jeder anständige Mensch, einerlei welcher Partei er angehört, muss derartige verwerflichen Wahlmitteln verurteilen. Die Demokratische Partei hat dadurch gezeigt, wie sie gegen gläubige Katholiken und Protestanten gesinnt ist. Wie bisher stehen wir auch in Zukunft treu zur Fahne des Zentrums, das sich stets als Hort des Christentums erwiesen hat und werden jetzt erst recht wieder geschlossen eintreten für die Wahlliste die beginnt: Jean, Albert Schwarz, Mittelschullehrer.

Die Zentrumsparlei Bierstadt.

Wähler und Wählerinnen!

In ernster Stunde werdet Ihr zur Entscheidung über die zukünftige innere Gestaltung Preußens aufgerufen. Die

Deutsche Volkspartei

wird auch in der

preussischen Landesversammlung

eintreten für das hohe Ziel

der Erhaltung und Stärkung unseres nationalen Selbstbewusstseins
für Gleichberechtigung aller Staatsbürger auf sämtlichen Gebieten des öffentlichen
Lebens für Erhaltung und Stärkung des städtischen und ländlichen Mittelstandes,
für Recht, Freiheit und Ordnung, für Sicherung der hohen Kulturgüter unseres
Volkes, der Kirche und Religion.

Wer mit uns arbeiten und unsere Bestrebungen zum Siege verhelfen will, der
wähle am 26. Januar die Liste der Deutschen Volkspartei, die Liste

Oberbürgermeister a. D. Eugen Gebeschus, Hanau a. M.
Dr. Wilhelm Ferd. Kalle, Chemiker, Dieblich a. Rh.
Landwirt Georg Thielmann, Flacht (Unterlahnkreis).
Rektor Wilhelm Schwarzhaupt, Frankfurt a. M.
Fabrikant und Stadtverordneter Herm. Humbert, Wehlar.
Vertw. Frau Prof. Kasim. Joseph, geb. Candidus, Marburg.
Stadtbauinspektor Hans Waeser, Frankfurt a. M.
Kottenführer Theod. Schröder, Hirschholzhausen b. Limburg.
Uhrmacher Ernst Gerlach, Wehlar.
Kaufmann u. Stadtverordneter vord. Aug. Weyel, Haiger.
Lehrerin Thella Figen, Wiesbaden.

Bürgermeister Otto Stein, Melsungen.
Rektor Philipp Kern, Bad Homburg v. d. G.
Amtsgerichtsrat Fischer, Widenen b. Hanau.
Bergmann Jacob Fink, Münster bei Weilburg.
Hüttendirektor Hermann Schröder, Nievernöhütte b. Ems.
Hauptlehrer H. Hofmann, Garbenheim, Kreis Wehlar.
Vertmeister Gust. Giller, Sta. Eisenbahnwerkstätten Limburg.
Wilhelmine Brunsfeld, Geschäftsinhaberin, Kassel.
Landwirt Georg Christian, Unterlieberbach.
Realschuldirektor Dr. Rüchenthal, Gelnhausen.
Bankbeamter Gust. Vogel, Frankf. Viehmarktssant, Frankfurt.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei U. S. P.

Männer und Frauen des werktätigen Volkes,

duldet nicht, daß auf Euch der Fluch komme, mitschuldig zu sein, an neuer Ausbeutung, neuer Unterdrückung auch der kommenden Generationen.

Die Revolution ist in höchster Gefahr! Tut Eure Pflicht!

Fresch erhebt der preussische Militarismus sein Haupt. Fresch wird der 10 stündige Arbeitstag begrebert. Von der Deutschen Demokratischen Volkspartei bis zur Deutsch-nationalen Volkspartei mit dem Zentrum

„Ein Volk, ein Herz, ein Vaterland“.

Und wieder erhebt vor Euch das Vaterland der Besitzenden. Zur Verehrung der ökonomischen Ausbeutung, zur Kreuzigung aller politischen Unterdrückung der Minderbemittelten.

Seht Euch das Treiben der Goldschreiber dieser Parteien an. Zu den Sifischwaden der Kriegslügen, kommen jetzt Berge der Verleumdung.

Eine einzige Front gegen den Sozialismus ist das Ziel dieser Parteien.

Keine Stimme diesen Vertretern des Besitzes in all seinen Schattierungen.

Werbi für den ganzen Sozialismus.

Deshalb auch keine Stimme den Scheidemann-Sozialisten. All deren Kriegslügen aufzuzählen, dazu bedürfte es eines Buches. Die Zentrale für Heimatdienst (Offizieller Nachrichtendienst der Scheidemann-Regierung) Drucksache 3, betitelt, Sozialisierung! schreibt: „Nur die kapitalistischen Auswüchse sollen sofort und rücksichtslos beschritten werden, das wollen diese halben Mitglieder der Mehrheitssozialisten in Frankfurt a. M., die das Erfurter Programm noch nicht ganz vergessen haben, bekunden.“

Die U. S. P. will, das Proletariat, unter dem Banner des internationalen Sozialismus, auf den Boden des von den Regierungssozialisten verlassenen Erfurter Programms einigen zur Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die U. S. P. will die sofortige Sozialisierung der geeigneten Großbetriebe, Großunternehmungen, des Großgrundbesitzes usw.

Die U. S. P. will, daß nicht länger in nebelhafter Fern liegen soll, die Beseitigung der ökonomischen und dadurch der politischen Unterdrückung.

U. S. P. verlangt, da das kapitalistische Wirtschaftssystem bankrott ist, völligen Neuaufbau der gesellschaftlichen und der politischen Organisationen, Neuaufbau der Steuer, des Bildungs- des Gesundheitswesens.

Laßt den Halben das Trachten nach Reform.

Volksvermögen und Rohstoffe sind vergeudet, Industrie und Handel im Zusammenbruch.

Da darf keine Stückarbeit mehr geschehen. Nur der Sozialismus kann neues Leben aus den Ruinen ersprießen lassen.

Jede Stimme von Euch, Ihr bisher Rechtlosen, gehört deshalb der Liste der

Unabhängigen sozialdemokratischen Partei

beginnend mit dem Namen **Toni Sender.**

Wahlbüro: Walramstraße 20.

Toni Sender.